

Fadegrad



von
Daniel Oswald

Neutrales Geschlecht

In Kanada ist es möglich, im Pass ein neutrales Geschlecht anzugeben. So ein Stumpfsinn. Die Natur kennt viele Launen und leider kann es vorkommen, dass bei der Geburt eines Kindes das biologische nicht bestimmbar ist. Da ich nie konkret mit einer solchen Situation konfrontiert war, kann ich nicht sagen, was ich in einer solchen Situation tun würde. Am letzten Sonntag berichtete Radio Eviva in den Nachrichten, dass immer mehr Jugendliche grosse Mühe hätten, ihr Geschlecht zu akzeptieren. Ich gehe davon aus, dass zumindest bei der Mehrheit der hier erwähnten Menschen das biologische Geschlecht eindeutig festgestellt werden konnte. Die Natur gibt jedem von uns vieles vor. Zum Teil für die Mitmenschen sichtbar, zum Teil nicht. Egal was die Natur oder das Schicksal einem einzelnen Menschen auf den Lebensweg mitgegeben hat, jeder Mensch verdient den genau gleichen Respekt. Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Mehr müsste dazu eigentlich nicht gesagt werden. Nebst den Launen der Natur ist aber auch der Umgang der Gesellschaft mit diesem Thema von zentraler Bedeutung. Hat die westliche Gesellschaft bei diesem Thema die Errungenschaften der Zivilisation bereits über Bord geworfen? Ich glaube ja. So gibt es zum Beispiel im Facebook ein Geschlecht «Benutzerdefiniert». Das ist Schwachsinn in höchstem Masse. Es löst auch das Problem nicht, wenn bei einem Menschen das biologische Geschlecht nicht eindeutig bestimmbar ist. Der grundlegende Fehler besteht heute darin, dass von den Gleichmachern das biologische Geschlecht mit den sexuellen Vorlieben gleichgesetzt wird. Am Augenscheinlichsten tritt dies auf Wikipedia zutage. Da ist von 60 verschiedenen Geschlechtsidentitäten die Rede. Auf sowas kann man nur in einem Höchststand an geistiger Umnachtung kommen. Die sexuelle Orientierung eines Menschen ist Privatsache und muss auch nicht in einem Pass oder einem Bewerbungsschreiben angegeben werden. Ob es sich bei der Person um eine Frau und einen Mann handelt, aber sehr wohl. Offenbar haben die Linken ja auch noch nicht bemerkt, dass beim Weglassen des biologischen Geschlechtes die Problembewirtschaftung «Gleichberechtigung» nicht mehr weiter möglich ist. Denn die sexuelle Orientierung soll den Arbeitgeber nicht interessieren. Und ob es sich um eine Frau oder um einen Mann handelt, wüsste ja der Arbeitgeber offiziell auch nicht. Also kann es dann auch keine Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau mehr geben. Einzig das Problem des Mutterschaftsurlaubes scheint dann noch nicht gelöst zu sein.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Fakten dürfen nicht verschwiegen werden

Sicherheitsvorsteher Richard Wolff schlägt wieder zu und schafft die Nennung der Nationalität der Täter bei Polizeimeldungen ab. Eine Antwort auf eine Anfrage der SVP zeigt jedoch, wie wichtig es ist, dass man Fakten nicht verschweigt.



Roberto Bertozzi
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Geleichzeitig mit der Diskussion im Gemeinderat im Zusammenhang mit der Bekanntgabe, dass Sicherheitsvorsteher Richard Wolff entschieden hat, die Nationalität von Tätern nicht mehr zu nennen, ist die Antwort vom Stadtrat zur Schriftlichen Anfrage 2017/274 von Roberto Bertozzi und Martin Götzl zu den Entreisssdiebstählen und Raubüberfällen an der Street Parade 2017 eingetroffen. Die Schriftliche Anfrage wurde von uns eingereicht, weil die Polizeistellen der Stadt und des Kantons Zürich es versäumt hatten, in ihren Medienmitteilungen wichtige Fakten zu Herkunft und Nationalität der Täter zu kommunizieren, damit sich die Bürger ein objektives Bild zu den Ereignissen machen können. Damit sich die Leserinnen und Leser selbst überzeugen können, wie wichtig viele Informationen im Zusammenhang mit einer Straftat für die Meinungsbildung sind, hier der erste Teil der Antwort des Stadtrats zur Schriftlichen Anfrage:

«Von Samstagmittag bis Sonntagabend wurden sämtliche Arrestanten, also auch diejenigen aus dem polizeilichen Normalbetrieb, über die Haftstrasse der städtischen Kriminalpolizei eingebracht. Eine Unterscheidung zwischen Street Parade und Nicht-Street Parade konnte angesichts der grossen Anzahl Arrestanten nicht gemacht werden. Die folgenden Angaben enthalten darum auch einige Arrestanten aus dem polizeilichen Alltagsgeschäft, wobei diese klar eine kleine Minderheit darstellen.

In Banden organisiert

Zu den Nationalitäten der verhafteten Personen können folgende Angaben gemacht werden: 39 Prozent der Arrestanten kamen aus Italien, 9 Prozent aus Gambia, je 8 Prozent aus der Schweiz und Marokko, 6 Prozent aus Ecuador. Die übrigen 35 Prozent aus diversen Ländern in und ausserhalb Europas. Der Aufenthaltsstatus der verhafteten Personen verteilt sich wie folgt: 54 Prozent aller Arrestanten waren legal als Touristen anwesend, 15 Prozent waren unrechtmässig anwesend und je 8 Prozent der arretierten Personen waren Schweizer Bürger oder hatten eine B-Aufenthaltsbewilligung. 9 Prozent waren in einem laufenden Asylverfahren. Zu den verübten Delikten: Bei 30 Pro-

zent der verübten Delikte handelt es sich um Diebstahl, bei 21 Prozent um Entreisssdiebstahl, bei 19 Prozent um Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz und bei 9 Prozent um Verstösse gegen das Ausländergesetz. Bei den restlichen Delikten handelt es sich um verschiedene, vereinzelt registrierte Delikte wie Hinderung einer Amtshandlung, Gewalt und Drohung gegen Beamte, Sachbeschädigung und andere.

Bereits an der Street Parade 2016 wurde festgestellt, dass vermehrt bandenmässig Entreisssdiebstähle, teilweise auch unter Einsatz von Reizstoff durch die Täter, stattfanden. Unter anderem aufgrund dieser Erkenntnis hat die Stadtpolizei Zürich in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Zürich die Fahndungstätigkeiten nach solchen Gruppierungen massiv verstärkt, was viele Fahndungserfolge erbrachte und somit zu einem sprunghaften Anstieg der Verhaftungszahlen führte. Es handelte sich sowohl um Einzeltäter als auch zu Gruppen gehörende Täter, die festgenommen werden konnten. Über die Hintergründe und Organisationsstruktur kann zum jetzigen Zeitpunkt noch wenig gesagt werden, da die Ermittlungen noch andauern. Wie bereits im letzten Jahr ist auch 2017 aufgefallen, dass verhältnismässig viele verhaf-

tete Personen aus dem norditalienischen Raum angereist sind. [...]

Ausländische Kriminaltouristen

Aus der Antwort des Stadtrats auf unsere Schriftliche Anfrage, die viele relevanten Informationen für die Meinungsbildung enthält, können sich die Leserinnen und Leser ein umfangreiches Bild über die Situation an der Street Parade machen. So kann das Kriminalitätsproblem eingegrenzt werden. Politische Forderungen werden als Folge davon abgeleitet. Bei der Street Parade, wo Kriminaltouristen aus Italien die Hauptgruppe der Täter mit 39 Prozent gestellt haben, wären beispielsweise schärfere Kontrollen an der Grenze zu Italien eine politische Forderung. Dass insgesamt 54 Prozent der Ausländer, die in die Straftaten verwickelt gewesen sind, keinen Wohnsitz in der Schweiz haben, weist nochmals darauf hin, dass wir generell ein Problem mit ausländischen Kriminaltouristen haben.

Wie der aufgezeigte Sachverhalt beweist, braucht der mündige Bürger mehr und nicht weniger Informationen im Zusammenhang mit einer Straftat. Deshalb ist es eine (von vielen) Fehlentscheidung des Sicherheitsvorstehers Richard Wolff, in Polizeimeldungen die Nationalität der Täter nicht mehr zu nennen. Diese Fehlentscheidung erstaunt nicht, wenn man die mangelnde Eignung von Stadtrat Wolff als Sicherheitsvorsteher berücksichtigt.

WAHLKAMPFAUFTAKT DER SVP DER STADT ZÜRICH

Mit Bratwurst und Ballons gegen linke Bevormundung

Am vergangenen Samstag eröffnete die SVP der Stadt Zürich den Gemeinde- und Stadtratswahlkampf 2018 mit einem «Tag gegen linke Bevormundung».

SVP. Zum Start ihres Wahlkampfes für die städtischen Erneuerungswahlen im März 2018 veranstaltete die SVP einen

Anlass auf dem Werdmühleplatz. Mit dabei waren neben zahlreichen Gemeinderatskandidaten auch Susanne

Brunner und Roger Bartholdi, die für den Stadtrat kandidieren. Unterstützung erfuhr die SVP dabei von den anderen Kandidaten des bürgerlichen Top5-Teams.

Bei Bratwurst und Sonne liessen die anwesenden SVP-Kandidaten und Politiker Hunderte von Ballons gegen Bevormundung steigen. Nationalrat und Präsident der Stadtpartei, Mauro Tuena, erklärte die Aktion: «Die Ballons stehen für Freiheit. Der Kampf gegen die Bevormundung der Bürger durch den rot-grünen Stadt- und Gemeinderat ist uns ein wichtiges Anliegen. Die Bürger haben es satt, andauernd zwangserzogen zu werden.»

nieren: Für den ÖV-Benutzer und den Autofahrer. Die hohen Schulden der Stadt müssen abgebaut werden. Mit dem Top5-Ticketet werden wir eine Politik für Zürich machen, die uns aus der links-grünen Sackgasse herausführt.»

Der langjährige Gemeinderat und Stadtratskandidat Roger Bartholdi ergänzte: «Wir brauchen wieder vernünftige Politik in unserer Stadt! Die Verschleuderung von Steuergeldern für die ideologische Umerziehung von Bürgern muss ein Ende haben. Das ist nur mit dem Top5-Ticket und einer bürgerlichen Mehrheit in Stadt- und Gemeinderat möglich.»

Hauptthemen im Wahlkampf der SVP werden der Kampf gegen Bevormundung und Filz im links-grün dominierten Stadtrat sein sowie die millionschwere Misswirtschaft bei den Zürcher Spitälern, die Schuldenwirtschaft und die Verhättschelung von linken Gewaltchaoten und Hausbesetzern. Zudem wird die SVP die negativen Folgen einer unbegrenzten Zuwanderung aufzeigen.

Zürich, das ist das Ziel der SVP, soll endlich wieder eine sichere Stadt werden, in der Bürger und Gewerbe nicht benachteiligt und bevormundet werden und in der die Probleme offen und ehrlich angepackt, statt verwaltet und vertuscht werden.



Am «Tag gegen linke Bevormundung» zeigt sich die Stadtzürcher SVP bereit für den Gemeinde- und Stadtratswahlkampf.

ZÜRICH: STADTKREISE 6 UND 10

Ursula Weber Rajower für das Friedensrichteramt

Am 26. November 2017 findet die Ersatzwahl für das Friedensrichteramt der Zürcher Stadtkreise 6 und 10 statt. Als bürgerliche Kandidatin stellt sich Ursula Weber Rajower von der CVP zur Wahl.

SVP. Ursula Weber Rajower ist 53-jährig, Bürgerin von Zürich, verheiratet und lebt in 8057 Zürich. Sie hat sich bei ihren Arbeiten am Bezirksgericht Zürich und als Rechtsanwältin mit einer Allgemeinpraxis in Zürich eine

hohe juristische Kompetenz erworben. Neben ihrem Sachverstand zeichnet sie ihr hohes Verantwortungsgefühl und Pflichtbewusstsein aus.

Dank der Fähigkeit, zuzuhören, sowie einem ausgeprägten Einfühlungsvermögen versteht sie es, die Probleme der Menschen rasch zu erfassen, selbst angesichts schwieriger Konstellationen zu vermitteln und Konflikte zu lösen.

Ursula Weber Rajower geniesst über Parteigrenzen hinweg einen ausgezeichneten Ruf als integre Person und ebenso qualifizierte wie engagierte Juristin. Die SVP der Stadt Zürich unterstützt die Kandidatur und empfiehlt, Ursula Weber Rajower am 26. November 2017 als Friedensrichterin der Stadtzürcher Kreise 6 und 10 auf den Stimmzettel zu schreiben.



Ursula Weber Rajower kandidiert für das Friedensrichteramt.

Weitere Informationen:
www.weber-rajower.ch

Kampf gegen den Filz

Deshalb werde der Wahlkampfstart auch mit einer Veranstaltung gegen den Gegenvorschlag zur Ernährungsinitiative verbunden, über den am 26. November abgestimmt wird: Mit diesem soll in der Gemeindeordnung festgeschrieben werden, dass die Stadt ihre Bürger in puncto Ernährung erziehen und bevormunden darf.

Stadtratskandidatin Susanne Brunner sagte: «Die Stadtregierung hat Zürich in eine links-grüne Sackgasse manövriert. Das Gewerbe muss von übertriebenen Vorschriften befreit werden. Die Verkehrspolitik muss für alle funktio-



Grillmeister Thomas Schwendener überreicht eine Bratwurst gegen linke Bevormundung.